

Mitglieder in Regierung und Parlament,

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG -

Heute ist hier in Eupen ein historischer Tag.

Das PDG tagt zum letzten Mal in diesem alt ehrwürdigen Gebäude.

Und es steht ein Zustimmungsdekret auf der Tagesordnung, das weitreichendere Konsequenzen hat, als das was wir uns heute hierzu überhaupt vorstellen können –

Ein Dekret welches Menschen in ganz Europa auf die Straßen bringt –

Ein Dekret welches von rechten wie von linken Politikern abgelehnt wird -

Und zu zahlreichen Verfassungsklagen geführt hat -

Ein Dekret welches einen enormen Einfluss auf die Befugnisse auch dieses Parlamentes hat – und haben wird.

Meine Damen und Herren,

Hier im Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft am Kaperberg wurde die Wiege der Autonomie gelegt – hier hat der Rat der deutschsprachigen Kulturgemeinschaft getagt.

Hier wurden hunderte von politischen Debatten geführt, und hunderte von Dekreten beschlossen.

Und heute, meine Damen und Herren,

wird hier durch die Zustimmung zu diesem Dekret -

die Demokratie so stark beschnitten und geschädigt, dass Einige sogar davon sprechen dass sie hierdurch - verabschiedet wird -

Ich finde diese Symbolik bedeutsam und sehr passend –

vor allem in Bezug auf die Aussage des ehemaligen Parlamentspräsidenten zum „Preis der Demokratie“ und zum Umzug des PDG zum Platz der Gemeinschaft, sowie zu dem heute gewählten Datum.

Die erste Frage welche sich stellt: Warum steht dieses Dekret heute hier zur Tagesordnung – und ich beziehe mich bewusst auf den Zeitpunkt –

Anfangs des Jahres haben wir hier im Hause mit den verschiedenen Anhörungen zu diesem Dekret begonnen –

Selten wurde ein Zustimmungsdekret so ausführlich hier im Hause besprochen und selten von den eingeladenen Experten so klar und deutlich abgelehnt –

Bereits im März stand es auf der Tagesordnung zur Plenarsitzung –
Im Präsidium hatte ich damals gefragt, warum so früh –
weil es eigentlich unüblich ist
das ein Zustimmungsdekret hier verabschiedet wird, bevor es die Zustimmung im föderalen Parlament erhält –
Keiner konnte mir dies genau sagen – es verschwand dann von der Tagesordnung, man wollte sich noch beraten und eine Resolution verfassen.

Dann war es einige Monate ruhig –

Bis vor einigen Wochen es wieder im Ausschuss zur Debatte stand –
Und von den Kollegen der Mehrheit angenommen wurde,
obwohl eigentlich keine Eile geboten ist, das Wallonische Parlament hat auch noch nicht abgestimmt –

Ich stelle mir schon die Frage, warum dieser Zeitpunkt gewählt wurde –
Und hab dies auch letzte Woche im Präsidium bekundet –

Hier im Parlament herrscht zurzeit großer Stress – alle sind im Umzugsfieber –
Und dann wird mitten in dieser Phase noch solch ein Dekret auf die Tagesordnung gesetzt –

Interessant ist, dass das Finanzierungsgesetz bezüglich der 6. Staatsreform, auf föderaler Ebene in Bezug auf die DG, noch nicht beschlossen wurde.

Ob dies mit der heutigen Zustimmung etwas zu tun hat – mag Spekulation sein - ist aber nicht auszuschließen –
Vielleicht spielt hier die oft angesprochene Bundestreue eine andere Rolle als manche uns vorgeben–
Und es verdeutlicht welcher Druck hinter dieser Abstimmung steht.

Nun Zur Sache –

Zuerst einmal: Was ist überhaupt der Fiskalpakt –

Der Fiskalpakt soll ein Krisenverhinderungspakt sein.
Er soll dafür sorgen, dass sich EU-Staaten wie zum Beispiel Griechenland nie wieder übermäßig verschulden können.
Das ist die offizielle Theorie.

Die Unterzeichner müssen künftig nahezu ausgeglichene Haushalte vorlegen, sie dürfen sich pro Jahr nicht höher als 0,5% ihres Bruttoinlandprodukts verschulden. Schaffen sie es nicht, drohen Strafen.

Die Staaten sichern zu, nationale Schuldenbremsen einzuführen und sie in ihrem Recht zu verankern.

Staaten, die die Schuldenbremse nicht angemessen in nationales Recht einfügen, können vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden.
Und die Nichtbefolgung kann Zwangsgelder nach sich ziehen.

Wird die Obergrenze bei der Neuverschuldung verletzt, soll das Defizitverfahren automatisch ausgelöst werden. Dies soll nur mit qualifizierter Mehrheit verhindert werden können.
Die Gesamtverschuldung, die über 60 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt, soll pro Jahr um ein Zwanzigstel reduziert werden.

Der "Fiskalpakt" ist mit dem europäischen Rettungsfonds ESM verknüpft.
ESM-Hilfen erhalten also nur die Euro-Länder, die auch dem "Fiskalpakt" unterzeichnet haben.

Nun, gut, oberflächlich betrachtet sind dies die Maastricht Kriterien, die Kriterien welche damals eine stabile Gemeinschaftswährung sichern sollten, und die Basis für die Verhandlungen zum Eintritt in den EU Währungsraum waren.

Nur jetzt u.a. mit dem Unterschied
Wenn man diese Kriterien nicht einhält, erfolgen automatisch Sanktionen –

Gut, die einen werden sagen – das ist doch eine klare Sache –

Eine übermäßige Verschuldung der Staaten kann nicht gut sein, und hat uns doch in die Krise geführt – oder etwa nicht?

Also warum regen sich die Leute auf der Straße auf?
Warum all die Proteste und Demos in ganz Europa?

Warum zahlreiche Verfassungsklagen, auch von konservativen Politikern, welche doch meistens gegen hohe Schulden sind?
Warum diese ganze Aufregung?

Weil dieser Vertrag anders ist –
Dieser Vertrag ist von einer neuen Qualität -
Dieser Vertrag ist richtungsweisend – und er ist nicht kündbar -

Dieser Vertrag führt Europa in eine neue Ära, und er ist von langer Hand geplant – und seine Auswirkungen werden noch oft Thema in den Parlamenten und auf den Straßen Europas sein.

Meine Damen und Herren, ich werde Ihnen anhand einiger Fakten darlegen
Dass dieser Vertrag kontraproduktiv ist –
und keine Schuldenbremse sondern
eine Schuldenverlagerung darstellt -

Staaten müssen sparen – und oft habe ich dies hier angesprochen und verteidigt!

Die Verschwendung von Steuergeldern durch die klassische Politik hat auch hierzulande erschreckende Ausmaße angenommen, und es muss strenger geregelt werden, und die Staatsschulden stellen ein Problem dar
Nur – dies sind nicht die eigentliche Gründe für die sogenannte Staatsschuldenkrise –

Denn wir haben gar keine Schuldenkrise wir haben eine Bankenkrise –

Hierzu folgendes:

Warum hilft der Pakt nicht?

Erstens er beruht auf einer falschen Diagnose und einer falschen Sicht der Dinge.

Taugt die Diagnose nichts, versagt auch die beste Medizin.

Viele Politiker und Bürger glauben, dass übermäßige Staatsausgaben die Krise herbei geführt habe -

Die Verschwendungssucht der klassischen Politik ist ein Problem, welches ich oft anspreche und die Regierung der DG, ist hierfür ein gutes Beispiel –

Aber: Dies alleine ist nicht der Grund für diese Schuldenkrise –

Die Regierungen des Südens hätten Geld rausgehauen, um ihre Bürger zu beschenken heißt es.

Teilweise haben Länder wie Griechenland effektiv schlecht gewirtschaftet, nur dies wusste man bereits im Vorfeld, als man sie mit ins Boot genommen hat. Und diese Zügellosigkeit soll der Pakt jetzt stoppen.

Ich möchte Ihnen anhand einiger Zahlen verdeutlichen, welches der Hauptgrund für den Anstieg der Staatschulden in den letzten Jahren ist.

In der Zeit von 2000 bis 2007 sank der Schuldenstand der Euroländer von 69,2 auf 66,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dann traf der Lehmanschock die Welt, und die Quote kletterte auf mehr als 87 Prozent Ende 2011, und liegt heute bei mehr als 92 Prozent. Trotz enormer Sparanstrengungen europaweit häufen die 17 Länder mit der Gemeinschaftswährung immer neue Schulden an.

Wie dramatisch der Wechsel war, zeigen die Krisenländer Spanien und Irland. Bis zum Jahr 2007 galten sie als Musterknaben, weil sie Schulden reduzierten, Maastricht-Kriterien einhielten und sogar Budgetüberschüsse anhäuften.

Die Finanzkrise verwüstete dann ab 2008 diese Länder.

Irlands Schulden vervierfachten sich binnen vier Jahren.

Der frühere Musterknabe Spanien hat inzwischen die meisten Arbeitslosen im Euroraum. Millionen von gut ausgebildeten jungen Menschen blicken in eine ungewisse Zukunft.

Italien plagen hohe Defizite seit Jahrzehnten, doch man konnte damit leben, und hatte bis 2007 die Zahlen im Griff.

Erst der Lehmanschock, und die aus Amerika herüber geschwappte Finanzkrise, verunsicherte, weltweit die Anleger und die Finanzmärkte.

Welche Rolle spielten die Banken? Und was hatte nochmal zu dieser Finanzkrise und dem Lehmanschock geführt, damals 2008?
Seltsam da redet heute keiner mehr von.

Bis Mitte 2012, wurde laut EU Kommissar Banier mehr als 4.500 Milliarden Euro in die Bankenrettung gesteckt –
Eine unvorstellbare Summe!

Ein Großteil des Anstieges der Staatschuld, in den verschiedenen EU Länder, resultiert aus den verschiedensten Rettungsszenarien an die Banken –

Und sie erinnern sich, was letztes Jahr auf EU Ebene geschah –
Die Europäische Zentralbank hatte eine Billion Euro, also 1000 Milliarden Euro - den großen privaten Banken in Europa zur Verfügung gestellt, um die Wirtschaft anzukurbeln – als Darlehen für 3 Jahren an einem Prozent Zinsen!

Aber anstatt den Mittelstand mit günstigem Geld zu versorgen, haben die Banken überwiegend Staatsanleihen gekauft –
Welche risikolos waren.

Das heißt die Staaten die das Geld brauchen, müssen von diesen Banken das Geld teuer leihen!

Also nicht die Staaten haben die Souveränität über unser Geld, sondern private Institutionen.

Sie kennen das, ich habe dies des Öfteren hier angesprochen.

Hier greift der Artikel 123 des Lissabon Vertrages, dem auch Sie zugestimmt haben.

Also, Italien, Spanien, Portugal oder Irland– müssen sich das Geld über die privaten Banken leihen – zu 4 - 5 oder 6 Prozent.

Zu Lasten der Steuerzahlers! Also Staaten leihen sich Geld bei privaten Banken!

Wussten Sie eigentlich, dieses System wurde in Frankreich 1973 eingeführt – durch das Gesetz welches im Volksmund: "Loi Pompidou-Giscard-Rothschild" genannt wird.

Und seitdem ergeben die kumulierten Zinszahlungen Frankreichs der letzten 40 Jahre, die Summe der heutigen Staatsschuld – Interessant - und das wird für andere Länder ähnlich aussehen.

Interessant ist auch, wenn eine private Bank Staatsanleihen kauft benötigt sie hierfür kein Eigenkapital – Die können dies einfach so.

Übrigens, gleich mehrere Experten haben auf Nachfrage dieses System als absurd bezeichnet – Sie können das im Ausführlichen Bericht nachlesen.

Wir können also zwei Elemente festhalten:

Nicht die Steuergeld-Verschwendung der klassischen Politik alleine, sondern die Bankrettung hat zu dieser Staatsschuldenkrise geführt – und das bestehende System wie Geld in Umlauf kommt – Nämlich nur durch die Kreditvergabe der privaten Banken – und die multiple Geldschöpfung.

Wir haben also keine Staatsschuldenkrise sondern eine Bankenkrise – und eine Systemkrise.

Auch hierzu sehr interessante Informationen im Bericht.

Zweitens – obwohl die Banken durch ihre hemmungslose Spekulation die Krise verursacht haben, müssen diese oder ihre Anlieger nicht dafür zahlen – Sondern werden sogar weiterhin unterstützt und zwar durch unsere Steuergelder – Der Steuerzahler muss also zweimal zahlen –

Und jetzt bittet dieser Vertrag zumindest indirekt, nicht die Banken zur Kasse, sondern die Bürger, indem europaweit Sozialleistungen gekürzt und Steuern erhöht werden –

Hierzulande sind wir bis dato im Groben noch davon verschont geblieben, aber dies wird sich bald ändern – glauben sie mir -

Wie kann dies also sein?

Für wen setzt sich die klassische Politik ein?

Für die Bürger? Oder für die Banken, die Spekulanten die Zocker an den Börsen?

Das schlimmste an der Sache war auch noch – die Deregulierung der Finanzmärkte Anfang der 90er Jahre welche den Weg für diese hemmungslose Spekulation ebnete.

Deregulierung der Märkte durch die klassische Politik -

In Deutschland sogar durch eine Rot-Grüne Regierung – Übrigens die Sozialisten auch in Belgien haben immer gerne mit dem Kapital pussiert – Bankmanager waren und sind überall gerne eingeladen – bei allen Vertretern der klassischen Politik – Ob rechts oder links – da sind sich dann alle gleich.

Schon seltsam – das Ganze – da fragt man sich wer die Gesetze macht.

Der ehemalige Bundesbankpräsident Prof. Dr. Hans Tietmeyer Sagte am 3. Februar 1996 auf dem „Weltwirtschaftsforum“ in Davos vor 2000 Spitzenvertretern aus Wirtschaft, Politik und Forschung, einen in meinen Augen richtungsweisenden Satz.

„Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“

Dazu gab es dann auch noch Beifall.

Die Staatschefs, Ministerpräsidenten und Minister, unter ihnen viele Sozialisten, akzeptieren wie selbstverständlich die Fremdbestimmung der Volkssouveränität durch die Macht des globalisierten Finanzkapitals.

Hier bei uns im Hause heißt es oft bei solchen Abstimmungen über EU Verträge – Bundestreue zeigen!

Aber das ist keine Bundestreue – es ist Treue gegenüber einem ausbeuterischen System, welches Menschen in die Armut treibt und Heerscharen von Arbeitslosen erzeugt!

Ich erinnere sie an die mehr als 15.000 vollzeitbeschäftigten Lobbyisten in Brüssel – ein Großteil arbeitet für die Finanzdiktatur – Und das Ergebnis lässt sich sehen –

Nie war die Macht der Banken stärker!

Und heute stimmen sie sogar darüber ab –
Und sie können den Lobbyismus auch noch belohnen – indem sie ihm
die Grüne Karte für eine weitere Schandtat geben.

Meine Damen und Herren,
das erste Paradoxon, des Vertrages – ist das Phantom der Schuldenbremse.

Durch diesen Vertrag wird sich die Verschuldung nicht verringern sondern
verändern und verlagern.

Es handelt sich eigentlich nicht um eine Schuldenbremse, denn Staaten,
Gemeinschaften, Regionen und Gemeinden können weiterhin alternative
Formen der Verschuldung machen –

Als Beispiel – hier Public Private Partner-Ship, oder sonstige alternative
Finanzierungsformen –

Jedoch wird sich einiges hierdurch verändern.
Staaten werden in Zukunft weniger direkt investieren können und zwangsläufig
werden öffentliche Leistungen weiter privatisiert, bis letztendlich die
Infrastruktur, Krankenhäuser, Schulen und so fort ... komplett in privater Hand
sind (Stichwort: Public Private Partnership) – in einigen Europäischen Ländern
ist dies bereits der Fall – mit enormen negativen Konsequenzen für die Bürger
aber auch für die Haushalte zahlreicher Gemeinden, Städte oder Länder – das
läuft alles nicht so rosig.

Private Investoren erwarten eine Rendite, das ist logisch, beziehungsweise das
ist das System – und es besteht die reale Gefahr, dass die erbrachten
Leistungen immer teurer werden.

Und wer wird daran verdienen?
Ja, eben - Die privaten Kreditinstitute.

Und dies wird eine der Folgen des Fiskalpaktes sein.

Die Modelle für alternative Finanzierungen wurden Größtenteils von den
Banken ausgearbeitet – und diese verdienen kräftig mit.

Und in Zukunft werden alternative Finanzierungsformen eine immer bedeutsamere Rolle einnehmen -

Der zuständige Finanzminister der DG, hat dies auch des Öfteren hier im Hause angesprochen – und z.B. auf die Pröma AG verwiesen, welche wie er sagte: „...Noch eine wichtige Rolle für die DG spielen werde...“

Kredite werden dann nicht mehr direkt von den Gemeinschaften aufgenommen, sondern ähnlich dem Schulbauprojekt immer mehr werden private Partner zur Finanzierung mit ins Boot genommen –

Und hier ist Vorsicht geboten -

Der Fiskalpakt soll eine Schuldenbremse sein, der zuständige Finanzminister hat bereits indirekt verkündigt wie man die DG dies umgehen kann – Die Verschuldung wird also weiter gehen nur stehen die Kredite bzw. die Schulden in anderen Büchern –

Also der Grund dass der Fiskalpakt eine Schuldenbremse sein soll – ist somit widerlegt.

Der Fiskalpakt ist für den Euro und für Länder Europas vergleichbar mit einer falschen Therapie:

Er ist die falsche Medizin, so als würde ein Arzt ein Knochenbruch mit Schmerzmitteln kurieren wollen.
Die Schmerzen schwinden anfangs etwas, aber die Knochen bleiben gebrochen!

Meine Damen und Herren,

Das Parlament hat verschiedene Experten eingeladen –
Deren Meinungen gut zusammengefasst im Bericht stehen – Dokument 143 –

Alle diese Experten kannten die Thematik genau, und haben uns klar und deutlich abgeraten diesem Vertragswerk zuzustimmen, bis auf die Arbeitgebervertreter!

Die Diskussion zeigt auch was hinter den Kulissen läuft und das dies alles Show war – denn wie sagte es bereits mehrfach, ja bereits vor einigen Jahren der zuständige Finanzminister der DG –
Als er den famosen Spruch aussprach – Die DG ist schuldenfrei 2038 –

Damals wusste der zuständige Finanzminister also schon Bescheid –
Und heute stimmen wir über etwas ab – was anscheinend schon seit Jahren bekannt ist –
Und seit Jahren wusste man, anscheinend auch schon wie abgestimmt würde –
Die DG ist Schuldenfrei 2038 – und er hat uns ja oft erklärt warum!

Wieso stimmen wir denn dann noch ab – und warum haben wir die Experten eingeladen –Warum all die Arbeit hier im Hause?
Gute Frage.

Es gibt ein weiteres Element, welches bedeutsam ist -

Die Staaten verpflichten sich durch den Fiskalpakt schrittweise die Staatsverschuldung zu verringern –

Die Experten haben uns dies auch erklärt, nicht wie das gehen soll, das weiß keiner so genau – sondern die Theorie –

Also für Belgien wird dies in den kommenden Jahren etliche Milliarden ausmachen – obwohl bereits heute das Geld überall fehlt –
Vor einigen Wochen wurden wieder einige hundert Millionen auf föderaler Ebene gesucht – und man zog in Erwägung – wieder irgendetwas zu verkaufen – Weil man keine andere Lösung hat –

Im letzten Jahr, hat man verzweifelt versucht den Haushalt auf ein Minus von 2,6 Prozent zu setzten - hat dafür Wochen der Verhandlung gebraucht –
Und überall etwas herumgekratzt –

Denn Steuererhöhung sind nicht so passend, da wir bereits Europameister im Steuerzahlen sind -

Und jetzt ist die Lethargie in Brüssel eingeekehrt.

Bis Mai 2014 – habe alle nur die Wahlen und ihre Posten im Kopf – dann wird sich wahrscheinlich wieder Monate lang gestritten, wer was vom Kuchen bekommt –

Aber wo die Butter und der Zucker herkommen soll, das weiß keiner.

Neuverschuldung geht dann nicht mehr! –

Es werden Kürzungen folgen, und Steuererhöhungen.

Und dieses Szenario kann man weiter führen –

Die belgische Staatsschuld steigt pro Tag um mehr als 44 Millionen Euro, also jede Sekunde um 504 Euro –

In Belgien sind 613.000 Menschen arbeitslos – Im September waren es mehr als 29.000 mehr als im vergangenen Jahr!

Und Konzepte der klassischen Politik – Fehlanzeige!

Diese beschäftigt sich lieber mit sich selbst, anstatt sich um Lösungen zu bemühen!

Das Ziel der Di Rupo Regierung – ein EU Musterschüler zu sein – wurde erreicht. Durch die 6. Staatsreform, wird der Sparzwang der EU auch die Gliedstaaten zur Kasse beten –

Wie dies bezahlt werden soll, oder wie dies funktionieren soll, ist nicht so wichtig, Hauptsache man sagt schon mal man würde die EU Bedingungen erfüllen.

Wie man die Staatsschuld jemals senken wird – Darüber wird geschwiegen - und es gibt kein Konzept der klassischen Politik.

Mal ehrlich, wissen sie eigentlich worauf sie sich da einlassen.

Und wem Sie denn die Treue zeigen!

Ich möchte ein weiteres Element in die Diskussion einbringen –

Der Demokratie-Verlust – durch diesen Vertrag.

Die ehemalige deutsche Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, Mitglied der SPD, hat gesagt als sie gemeinsam mit einigen Professoren der Rechte Verfassungsklage gegen diesen Vertrag eingereicht hat:

Die Bürgerinnen und Bürger, dessen Verfassungsbeschwerde wir vertreten, haben ein Recht darauf, ein Parlament zu wählen, dass auch etwas zu sagen.

Denn dieses Recht wird massiv durch diesen Vertrag beeinträchtigt.

Der Fiskalpakt und der Rettungsschirm ESM werden in völkerrechtliche Verträge gegossen, welche nicht kündbar sind. Und beide Verträge verändern gravierend die Haushaltsbefugnisse der Parlamente.

Ähnlich argumentierten hier im Hause, die eingeladenen Hochschulprofessoren der Uni Lüttich.

Im Bericht auf Seite 9 und auf Seite 12 des Dokumentes 143 nachzulesen.

Deutliche Aussagen welchen jeden Demokraten eigentlich schockieren sollten:

Übrigens allen Interessierten Bürgerinnen und Bürger empfehle ich diesen Bericht, Dokument 143 – fragen Sie ihn beim Parlament an.

Professor Bourgeois gab zu bedenken, dass seit Jahrhunderten habe es den Rechtsgrundsatz in der Demokratie gegeben, Dass Beschlüsse über den Haushalt, alleiniges Vorrecht demokratisch gewählter Versammlungen seien. Jetzt ist zu befürchten dass dies Geschichte ist.

Weiter bemerkte er:

Es gebe einen realen Souveränitätsverlust der Staaten.

Meine Damen und Herren,
berührt sie dies, oder lässt dies sie als Demokraten einfach kalt...

Aber das I Tüpfelchen an dieser Sache ist die von der Mehrheit eingereichte Resolution – Denn das ist Feigheit zu Papier gebracht!

Erstens, was Ihre Forderungen an die Föderal-Regierung angehen:

Diese hat das doch bereits in Form der 6. Staatsreform die Sparanstrengungen in belgisches Recht mit eingebaut – und gerade einmal vor drei Wochen haben Sie dem doch zugestimmt – beziehungsweise in einem Gutachten einträchtig genickt -

Jetzt diese Resolution mit zu verabschieden ist gelinde gesagt –

Eine Täuschung – ein politische Spiel, ein Manöver – sonst nichts –

Damit Sie dann sagen können, ja wir haben aber darauf hingewiesen, usw....

Oder, weil sie ein schlechtes Gewissen haben, und wissen welche Schandtaten noch auf uns zukommen werden.

Und ob Herr Lambertz in irgendeiner Art und Weise, Kritikpunkte hieran anbringen wird ist fraglich?

Er der sich immer als Musterschüler Europas darstellt –

Seit Jahren diese Szenarien beschreibt – und durch seine Aussagen ständig drauf hinweist – gerade er soll sich dafür einsetzen – diese Forderungen mit Nachdruck bei der Föderalregierung zu vertreten –

Da bin ich mal gespannt – nicht was wir uns dazu anhören müssen, sondern was geschehen wird. Abwarten.

Meine Damen und Herren,

Europa das sollte mal ein Projekt von Frieden und Freiheit sein –
Eine Lehre aus Jahrhunderten Krieg und Elend –

Und auch ich habe an Europa geglaubt –

Ich erinnere mich noch wie damals bei uns in Manderfeld in der Primarschule eine Große Karte von Europa hing –

Einige Länder waren bunt – sie gehörten zur EG –

Einige waren weiß – die gehörten nicht dazu –

Und einige waren grau – die sollten mal dazu gehören –

Vielleicht kenne sie diese Art von Karten noch, manche bestimmt als Lehrer, andere als Schüler so wie ich.

Europa war für mich wichtig –

Bedeutsamer als Nationen – es stand für einen Traum –

Und ich hoffte dass alle Länder mal bunt seien – und dazu gehörten – zu unserem Europa –

Denn uns ging es gut – und den anderen sollte es auch gut gehen –

Später in der Mittelschule – war Europa immer für mich sehr präsent – und selbst als junger Erwachsener habe ich die Idee des Euros verteidigt –

Kritiker waren für mich Verschwörungstheoretiker –

Denn Europa war für mich real –

Doch irgendwann, musste ich meine Meinung ändern.
Denn, Europa war kein Völkerbund mehr –
Wo Friede und Handel zwischen den Völkern herrschte -
Sondern die EU zeichnetet sich durch Machtkonzentration und Regulierung von oben aus –
Der Wettbewerb unter den Ländern führte zu Streit und Konflikten – die Öffnung nach Osteuropa war zu schnell und nicht kontrolliert – und der Euro, nie eine Ökonomische Entscheidung sondern eine rein politische.

Und das Resultat:
Noch nie gab es so viel Arbeitslose in Europa,
nie gab es derartige Schuldenberge –
und noch nie solch eine Perspektivlosigkeit von Millionen von jungen gut ausgebildeten Menschen in großen Teilen Europas.

Mehr und mehr musste ich erkennen, dass ich mich getäuscht habe –
die EU war etwas anderes geworden – und
sie diente nicht mehr dem Bürger sondern den Finanzmärkten -

Kleine Anekdote –

Island und Griechenland -
Es ist interessant was mit Ländern passiert, welche sich gegen die Kräfte der EU stemmen –
Länder wie Island – Island gehört nicht zur EU –
Wurde aber enorm unter Druck gesetzt –
Waren vor 5 Jahren sozusagen Pleite –
Aber man hat auf die Bürger gehört –
Volksabstimmungen eingeführt und die Banken verstaatlicht –

Und Heute – Island ist nicht über dem Damm, aber auf dem Weg der Besserung
– ganz anders als Griechenland – dort hat man sich dem EU Diktat unterworfen
– Mit den bekannten Folgen -

Meine Damen und Herren,

Wir sind sehr für Europa. Allerdings für eines, das rechtsstaatlich und demokratisch ist. Wir wollen ein besseres Europa. Wir sind nicht für ein Europa, in dem lediglich Regierungen, Eurokraten und Banken bestimmen.

Wir sind für ein Europa wo der Mensch im Mittelpunkt steht.

„Europa muß, seinem Erbe getreu, einen neuen Humanismus verkörpern, als Hort der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit.“ Hat Richard von Weizsäcker einmal gesagt –

Und genau das Gegenteil geschieht, auch durch diesen Vertrag.

Meine Damen und Herren, was ist die Alternative aus diesem Dilemma:

Erstens:

Schrittweise sollten alle europäischen Verträge durch eine unabhängige Expertengruppe, sachlich überprüft werden und in einfachen klaren Worten sollten die Bürger hierüber aufgeklärt werden.

Dann sollte man, so wie es einige Länder getan haben, und so wie es die Schweiz seit Jahrzehnten erfolgreich praktiziert, dann sollte man Volksentscheide über diese Verträge einführen.

Die Bürger haben ein Recht, sachlich und unabhängig informiert zu werden. Dass die klassische Politik dem nicht nachkommt, scheint inzwischen klar zu sein.

Sie alle haben heute Morgen die Aufforderung der bewegten Bürger erhalten. Ich finde dies sehr interessant – insbesondere in Bezug auf die 6. Staatsreform.

Mit der 6ten Staatsreform wird den Regionalparlamenten in Belgien das grundsätzliche Recht eingeräumt, Volksabstimmungen über Themen, welche von regionalem Interesse durchzuführen.

Diese EU Verträge, beinträchtigen die regionale Interessen enorm – Somit stellen diese Bürger die berechtigte Frage: Warum nicht auch über EU Verträge eine Volksabstimmung durchführen.

Die ehemalige deutsche Justizministerin formulierte dies sehr treffend in ihrer Klageschrift: Jeder Hoheitstransfer in kritischen Kernbereichen unseres Gemeinwesens bedarf der Zustimmung der Bürger.

Die Öffnung für Volksabstimmungen besteht somit durch die Staatsreform, füllen wir diese mit Leben.

Zweitens:

Wir brauchen nationale Konjunkturaufschwungspakete – durch die Einführung umlaufgesicherter nationaler Zweitwährungen – als Konsumgeld.

Wie könnte die aussehen. Parallel zum Euro könnte Belgien, eine Komplementärwährung einführen – öffentliche Leistungen und Gehälter zu einem gewissen Prozentsatz in dieser Währung auszahlen, und die Unternehmer könnten hiermit ihre Steuern zahlen.

Das Konsumgeld, würde monatlich an Wert verlieren, damit es ständig zirkuliert. Beispiele aus der Geschichte zeigen uns dass dies in Krisenzeiten die Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen kann.

Man könnte dies auf mehrere Bereiche ausweiten – Thema Altersversorgung durch Zeitwährung, oder eine Bildungswährung – all dies funktioniert bereits, man muss nur wollen.

Und Belgien könnte dies heute tun, ohne, dass man Probleme mit der EU bekäme. Es wäre ein nationales Aufschwungspaket.

Dann:

Auf EU Ebene sollte Belgien sich einsetzen, für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, für eine Börsenumsatzsteuer und eine Spekulationssteuer.

Jemand der aus der Börse ein Casino gemacht hat, sollte auch wie ein Casino besteuert werden.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG, auch sie haben ihre Pflichten – Auch Sie tragen eine Verantwortung –

Solange sie sich nicht über die Politik der klassischen Parteien empören –

Solange sie diese weiter unterstützen, nach dem Motto:

„Was können wir schon machen“ –

Solange wird auch die klassische Politik sich nicht ändern.

Denn Demokratie heißt eigentlich – die Herrschaft des Volkes –

Und sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, haben mehr Macht als sie denken –

Nutzen Sie sie – und lassen sie sich nicht einschüchtern von Vertretern der klassischen Politik – denn sie, liebe Bürgerinnen und Bürger – sie zahlen dies alles – und sie tragen am Ende die Verantwortung.

Der Bürger hat die Konsequenzen zu tragen, und weder die von ihm gewählten EU Parlamentarier noch seine gewählten Volksvertreter haben Entscheidungsgewalt – das ist das Europa von heute. Beziehungswise das ist die EU, und hat nichts mit Europa zu tun.

Und die Regierungen und Minister – eigentlich sollte sie die Diener sein – Minister – bedeutet aus dem ursprünglichen Wortstamm heraus Diener des Volkes – Nur leider wird dies oft missverstanden.

Meine Damen und Herren,

Nicht maßlose Sozialprogramme haben den Euro gefährdet, sondern maßlose Banken und Spekulanten, die ihre Risiken an die Regierungen weiterreichten, und welche vom Steuerzahler bezahlt wurden.

Mit neuen Regeln ist der Euro nicht zu retten.

Nie sind die Schulden stärker angestiegen, als die vermeintlichen Experten der EU, damit anfangen die Staaten zu retten.

Und die Alternativen sind klar:

- Die Geldhoheit zurück in die Hand der Staaten –
- Abänderung des Artikels 123 – des Lissabon Vertrages –

- Nationale Aufschwungpakete durch komplementäre Konsumwährungen.

Dann: Sparen, Ja – es muss auch gespart werden - aber an der richtigen Stelle –

Und noch eins –

Es geht auch ohne Schuldenmachen –

Durch eine Umlaufgebühr –

Dann wenn Geld ständig in Umlauf bleibt und fließt – man müsste den Zins durch einen Umlaufimpuls ersetzen – nur dies ist dann ein großer Paradigmenwechsel – aber vielleicht erleben wir dies noch.

Meine Damen und Herren,

dieser Vertrag ist nicht zufällig entstanden -
dieser Vertrag beendet die demokratischen Prinzipien wie sie kannten.

Dieser Vertrag beendet auch den europäischen Traum von Frieden und Freiheit – der Völker -

Und wir werden genau dies in einigen Jahren erfahren und erleben.

"Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen." Hat Arthur Schopenhauer geschrieben. (1788 - 1860).

Für alle Europäer hat das Recht auf Freiheit und Wohlstand,
Vorrang vor einer Währung, welche alles in Frage stellt.

Der Euro darf nicht über Demokratie und Bürgerrechte stehen - er hat ihnen zu dienen.

Die Vivant Fraktion wird gegen diesen Vertrag – und gegen die Resolution stimmen.